

**Anlage zum Protokoll über die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales,
Jugend und Integration am 23.02.2017 zu TOP 6 Verschiedenes**

Informationen zur Berichtsbitte „Taschengeldzusagen“

Ende 2016 wurde der Vorwurf erhoben, ein Träger von Einrichtungen der Jugendhilfe böte unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein zusätzliches Taschengeld in einer Höhe von bis zu 100€ an, wenn diese Jugendlichen sich für die Unterbringung in einer durch diesen Träger betriebene Einrichtung entscheiden.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ist diesem Vorwurf nachgegangen. Es wurde Rücksprache mit den fachlich zuständigen Bereichen im Ressort und dem AfSD genommen sowie mit dem Träger das Gespräch gesucht. Es gibt keine Hinweise, die den Vorwurf erhärtet haben. Es sind auch keineumA mit diesen Informationen auf Casemanager oder Amtsvormünder zugekommen, noch ist ein erhöhtes Interesse von Jugendlichen zu einem Wechsel zu dem Träger erkennbar.